

Dr.ⁱⁿ Anna Sporrer
Bundesministerin

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.577.250

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)3084/J-NR/2025

Wien, am 18. September 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Nicole Sunitsch, Kolleginnen und Kollegen haben am 18. unter der Nr. **3084/J-NR/2025** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Personalengpässe und Überlastung in der Justizwache - Situation der Bediensteten“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1, 6 bis 9:

- 1. Welche konkreten Maßnahmen wurden seitens Ihres Ressorts seit dem Jahr 2023 gesetzt, um die Personalsituation in der Justizwache nachhaltig zu verbessern?
- 6. Planen Sie in naher Zukunft konkrete Schritte zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Justizanstalten?
 - a. Wenn ja, welche Maßnahmen sind vorgesehen und in welchem zeitlichen Rahmen?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
- 7. Werden für die Jahre 2027 /2028 zusätzliche Mittel oder strukturelle Reformen zur nachhaltigen Stärkung der Justizwache eingeplant?
 - a. Wenn ja, welche konkret?

- 8. Wie wird dem Umstand Rechnung getragen, dass in den kommenden Jahren zahlreiche Bedienstete in den Ruhestand übertreten? a. Welche konkreten Maßnahmen zur personellen Kompensation sind geplant?
a. Welche konkreten Maßnahmen zur personellen Kompensation sind geplant?
- 9. Im Hinblick auf die geplante Ausweitung des elektronisch überwachten Hausarrests (EüH): Welche zusätzlichen personellen oder organisatorischen Unterstützungsmaßnahmen sind für die betroffenen Bediensteten vorgesehen, die bereits jetzt über ihre Belastungsgrenze hinaus arbeiten?

Es wird auf die Beantwortungen der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 2616/J-NR/2025 betreffend „Personalmangel, Überbelegung und Betriebsstruktur in den Justizanstalten - Stand und Perspektiven“ verwiesen.

Zur Frage 2:

- Wie viele der derzeit im Stellenplan vorgesehenen Planstellen der Justizwache sind tatsächlich im aktiven Dienststand (unter Berücksichtigung von Karenzen, Krankenständen, Herabsetzungen, Grundkursen, Wiedereingliederungen Ausbildungen etc.)?

Stichtag: 1.8.2025

JA/FTZ	Planstellen	VBÄ
Asten	76,000	70,300
Eisenstadt	61,000	59,000
Favoriten	57,000	55,125
Feldkirch	60,000	50,625
Garsten	165,000	155,125
Gerasdorf	71,000	67,525
Göllersdorf	68,000	62,800
Graz-Karlau	202,000	198,175
Hirtenberg	153,000	151,650
Innsbruck	160,000	145,075
Jakomini	174,000	173,475
Josefstadt	462,000	455,725

Klagenfurt	126,000	123,000
Korneuburg	88,000	80,375
Krems	61,000	62,725
Leoben	72,000	70,200
Linz	103,000	99,125
Mittersteig	79,000	71,650
Münichplatz	62,000	27,750
Ried	53,000	49,925
Salzburg	85,000	74,400
Schwarzau	72,000	65,850
Simmering	140,000	130,650
Sonnberg	116,000	109,375
St.Pölten	89,000	82,450
Stein	320,000	289,075
Suben	97,000	95,650
Wels	60,000	57,625
Wr.Neustadt	75,000	71,625

Die Übersicht stellt die zugewiesenen Planstellen samt Besetzung dar. Die Anzahl der Karenzen und Herabsetzungen der Wochendienstzeit ist bei der Besetzung (VBÄ) bereits berücksichtigt.

Die Abwesenheiten infolge Krankenstand, Teilnahme an einem Grundausbildungslehrgang sowie an einer Fortbildungsveranstaltung können nicht dargestellt werden. Die dafür erforderlichen tagesaktuellen Auswertungen der Diensterteilungen aller Dienststellen würde einen übermäßigen Verwaltungsaufwand bedingen.

Zur Frage 3:

- *Wie viele Bedienstete der Justizwache befinden sich aktuell in psychischer oder physischer Dauerbelastung bzw. in Langzeitkrankenständen?*

Von „Langzeitkrankenständen“ wird ab einer Dauer von 45 Tagen gesprochen.

Insgesamt sind aktuell (Stand Juni 2025) 102 Langzeitkrankenstände im Bereich der Justizwache zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stellt dies einen Rückgang von - 17,01 % dar.

Zu den Fragen 4 und 5:

- *4. Wie bewertet Ihr Ressort die Ergebnisse der durch die Statistik Austria durchgeführten Mitarbeiterbefragung hinsichtlich Arbeitszufriedenheit, Belastung und psychischem Gesundheitszustand der Bediensteten?*
 - a. Aus welchem Grund wurde die diesbezügliche parlamentarische Anfrage 18016/J des Abgeordneten Christian Lausch bislang nicht bzw. nur unvollständig beantwortet?*
- *5. Wann ist mit einer Veröffentlichung bzw. zumindest einer internen Auswertung und Kommunikation der Ergebnisse dieser Mitarbeiterbefragung zu rechnen?*

Die Anfrage Nr. 18016/J wurde vollständig beantwortet und wird auf die Beantwortung dieser Anfrage verwiesen.

Aufgrund knapper personeller Ressourcen und des großen Umfangs der vorliegenden Daten ist die Auswertung und insbesondere die Prüfung der Daten aus der gegenständlichen Mitarbeiter:innenbefragung noch nicht abgeschlossen.

Zur Frage 9:

Die physische und psychische Gesundheit der Strafvollzugsbediensteten liegt im höchsten Interesses des Dienstgebers. Das Bundesministerium für Justiz unterstützt unter anderem Supervision/Coaching für sämtliche Bediensteten. Supervision ist eine Maßnahme der Stress-Propylaxe und Burn-Out Prävention. Zudem werden Maßnahmen zur gesundheitsbezogenen Mitarbeiter:innenförderung gesetzt.

Zur Frage 10:

- *Gibt es seitens des Ressorts Überlegungen oder Konzepte, wie das Erfahrungswissen scheidender Bediensteter gezielt an junge Kolleginnen und Kollegen weitergegeben werden kann (z. B. im Rahmen eines Mentoring- oder Übergabemodells)?*

Wertvolles Erfahrungswissen ausscheidender Bediensteter wird systematisch an jüngere Kolleg:innen weitergegeben. Dabei wird auf verschiedene Formate wie Mentoring-

Programme, strukturierte Wissensdokumentation sowie den Erfahrungsaustausch gesetzt. Ziel ist es, das Know-how nicht nur zu erhalten, sondern auch für die Weiterentwicklung und Einarbeitung neuer Mitarbeiter:innen nutzbar zu machen.

Zu den Fragen 11 und 12:

- *11. Wie viele Planstellen sind aktuell den Justizanstalten innerhalb der Personaleinsatzgruppe (PEG) zugeordnet?*
- *12. Sind für die kommenden Jahre zusätzliche Aufnahmen in der PEG vorgesehen, um dem steigenden Personalbedarf entgegenzuwirken?*
 - a. Wenn ja, in welchem Ausmaß?*
 - b. Wenn nein, warum nicht?*

Die der in den Justizanstalten und Forensisch-therapeutischen Zentren der Personaleinsatzgruppe (PEG) zugeordneten Planstellen sind personalplanrelevante Planstellen der Verwendungsgruppe E2b.

Bis auf wenige Ausnahmen sind in allen Justizanstalten sowie Forensisch-therapeutischen Zentren hinsichtlich der Anzahl dem Bedarf entsprechende Arbeitsplätze der Verwendungsgruppe E2b der Personaleinsatzgruppe (PEG) zugeordnet. Eine genauere Auswertung ist technisch nicht möglich.

Zur Frage 13:

- *Welche konkreten Maßnahmen der Personalsituation wurden für die Justizanstalt Klagenfurt (Umzug - Neubau Gefängnis) bereits gesetzt bzw. sind aktuell welche in Planung?*

Die personelle Ausstattung für den Neubau der Justizanstalt Klagenfurt wird derzeit konzeptionell ausgearbeitet.

Zu den Fragen 14 und 15:

- *Welche Justizanstalten hat der Generaldirektor für den Strafvollzug und den Maßnahmenvollzug, Mag. Friedrich König, im Jahr 2024 bisher besucht?*
- *Ist von Ihrer Seite aus vorgesehen, im Jahr 2025 alle Justizanstalten persönlich zu besuchen, um sich ein umfassendes Bild über die aktuelle Lage in den Einrichtungen zu verschaffen?*

Der unmittelbare und ständige Kontakt und Austausch mit den Justizanstalten und Forensisch-therapeutischen Zentren in Form von Vorortbesuchen, Anstaltsleiter:innenkonferenzen, Kontaktaufnahmen im kurzen Wege per Telefon und Email, ist ein wesentlicher Bestandteil des Arbeitsalltags seitens des Generaldirektors und der gesamten Generaldirektion für den Strafvollzug und den Vollzug freiheitsentziehender Maßnahmen und erschöpft sich nicht in den regelmäßig stattfindenden „Besuchen“ der Einrichtungen. Die situative Entscheidung über Vorortbesuche wird entsprechend dem Bedarf getroffen.

Dr.ⁱⁿ Anna Sporrer

